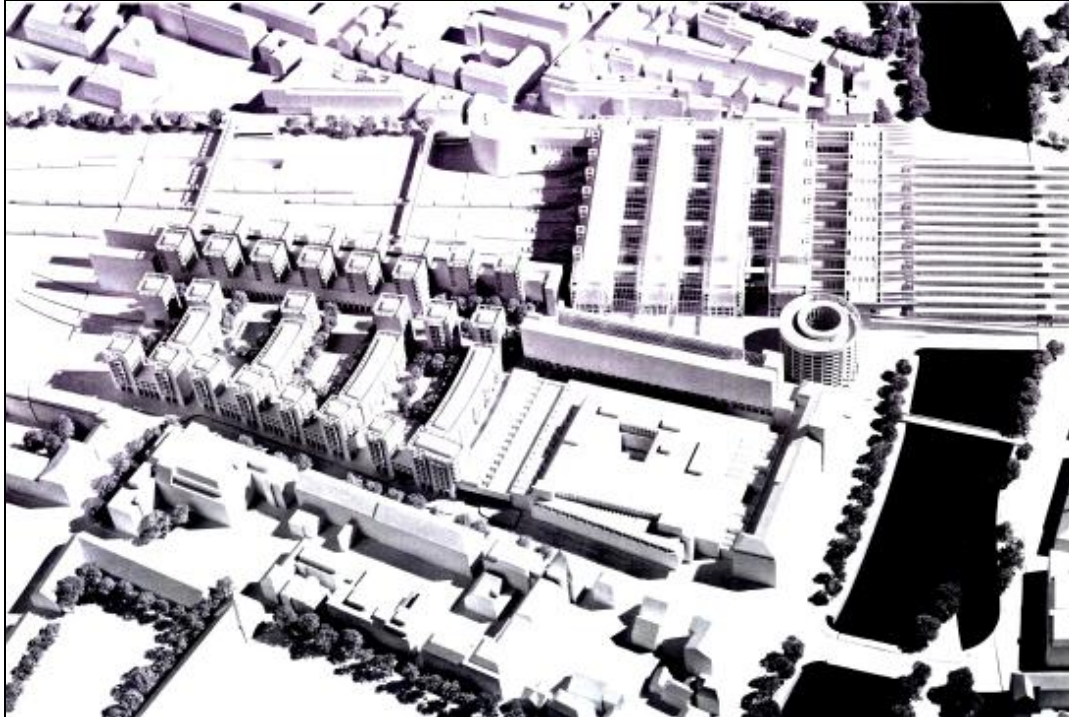


Fall Fall Eurogate (früher: HB Südwest; heute Stadtraum HB)



Zahlen und Fakten:

Beteiligte	Investor Eurogate Zürich AG mit UBS als Geldgeber (ab 1996)
Totalunternehmer	ARGE Eurogate mit Karl Steiner AG als Hauptbeteiligter
Planung, Architektur	Ralph Baenziger Architekten AG
Volumen	Nach UBS-Angaben 1,5 Milliarden Franken
Rechtsmittel	Eurogate AG: Rekurs für eine Verdoppelung der Parkplatzzahl Stadt Zürich, VCS: Beschwerde gegen die heraufgesetzte Parkplatzzahl und eine unnötige Verkehrs- und Umweltbelastung

Interventionsgrund

Inhaltlich: Eurogate Zürich war eine der grossen städtebaulichen Planungen im südwestlichen Vorfeld des Hauptbahnhofs Zürich. Über und neben den Gleisen wurden seit 1980 diverse kommerzielle Nutzungen der Liegenschaften der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) im Zürcher Stadtzentrum geplant. Eurogate umfasste zwei Grossprojekte: die Gleisüberbauung Eurogate Zürich und die Wohnüberbauung Lagerstrasse.

Das Projekt stand in einem gewissen zeitlichen Konflikt mit dem Grossprojekt Bahn 2000 der SBB, weshalb die SBB den Investoren einen zeitlichen Rahmen für das Zustandekommen des Projektes setzte. Bis 30. 4. 2001 mussten die wesentlichen Bewilligungen vorliegen und die Finanzierung sicher gestellt sein. Dies wäre möglich

gewesen, wenn nicht die Eurogate AG gegen die Baubewilligung rekurriert hätte. Das Projekt wurde 1997 von der Stadt Zürich bewilligt. Sie wendete dabei die Bauvorschriften an und genehmigte 643 Parkplätze. Der VCS kommentierte diese Baubewilligung in einem Brief an den Zürcher Regierungsrat. Die Eurogate AG rekurrierte gegen den Bauentscheid der Stadt Zürich und erhielt in einem erstinstanzlichen Regierungsratsentscheid 1250 Parkplätze. Gegen diese massive Erhöhung der Parkplatzzahl und die damit verbundene Umweltbelastung mitten im Stadtzentrum erhoben die Stadt Zürich und der VCS Beschwerde beim Verwaltungsgericht, welches die ursprüngliche Baubewilligung der Stadt Zürich für richtig erklärte. Trotz des rechtzeitigen rechtskräftigen Entscheids des Verwaltungsgerichts und des ausdrücklichen Verzichts des VCS und der Stadt auf weitere Schritte unterschrieb die UBS die nötigen Vereinbarungen mit der SBB nicht und liess damit das Projekt platzen.

Rechtlich: Korrekte Anwendung der Bauvorschriften der Stadt Zürich insbesondere in der Frage der zu bewilligenden Parkplatzzahl.

Echo/Stimmen

Benedikt Weibel, seinerzeitiger SBB-Direktor: *"Ich habe Eurogate während Jahren an vorderster Front begleitet. Eurogate ist schliesslich infolge ungenügender Rentabilität und in keiner Weise wegen der VCS Beschwerde gescheitert."*

Der Schweizerische Bundesrat am 5.6.2001 zur dringlichen Interpellation Hofmann (01.3274): *„Der Bundesrat erachtet die zeitgerechte Realisierung von ‚Bahn 2000‘ als zentrales verkehrspolitisches Ziel. Er unterstützt die Haltung der SBB, dieses prioritäre Ziel nicht durch die Übernahme von grossen Verzögerungsrisiken zu gefährden. Die potenziellen Erträge von Eurogate müssen immer in enger Verbindung mit den einhergehenden Risiken gesehen werden. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von SBB und UBS hat nach der Nichtunterzeichnung des Baurechtsvertrages vom 30. April 2001 diese Chancen und Risiken noch einmal gründlich abgewogen. Dabei kamen SBB und UBS gemeinsam zum Schluss, dass eine weitere Fristerstreckung die bautechnischen Risiken massiv erhöht und dass das Projekt Eurogate aus wirtschaftlichen Überlegungen nicht mehr zu verantworten ist. Diese sorgfältige Risikoabwägung liegt auch im Interesse des Bundes als Eigner der SBB.“*

Tages-Anzeiger; 02.05.2001: *„Der UBS war das Eurogate-Risiko zu hoch. Die Grossbank UBS zieht sich als Investorin von Eurogate zurück, weil das ‚unternehmerische Risiko unter den jetzigen Bedingungen nicht zu verantworten‘ wäre. (...) Die UBS macht aber auch andere Gründe für ihren Rückzug geltend: So hätten die Anpassungen an den geplanten Durchgangsbahnhof die Komplexität des Projekts zusätzlich erhöht. Man habe Anfang Jahr schon einen zweistelligen Millionenbetrag für bauliche Vorleistungen bewilligt, weitere Vorleistungen seien „angesichts der gegenwärtigen Situation nicht zu vertreten“.*

Der damalige Eurogate-Planer und Architekt Ralph Bänziger bekämpft 2008 die Initiative der Zürcher FDP: *„Weil Legislative samt Exekutive unsere Umweltgesetze öfter als je aushebeln wollen, braucht es Zukunftsbewusste, braucht es Umweltverbände zur Durchsetzung der Vernunft.“*

Chronologie

23.05.1997	Baubewilligung (BSB 448/97) mit 643 Parkplätzen
19.06.1997	Rekurs Eurogate AG gegen Baubewilligung (BSB 448/97)
15.04.1998	Regierungsratsbeschluss Nr. 874: Gibt Eurogate AG teilweise recht und bewilligt u.a. 1250 Parkplätze (RRB 874/98)
27.05.1998	Vollmacht an Sektion
29.05.1998	VCS-Beschwerde gegen RRB 874/98 zu VB.1998.00180
Ca. 29.05.1998	Beschwerde der Stadt Zürich gegen RRB 874/98 des Regierungsrates zu VB.1998.00178
16.06.1998	Verwaltungsgericht beschliesst Sistierung der beiden Beschwerden VCS und Stadt Zürich
10.04.2000	Vertrag zwischen Eurogate Zürich AG, ARGE Eurogate, Ralf Baenziger Architekten AG, Stadt Zürich mit max. 891 Parkplätzen
09.06.2000	Eurogate stellt Gesuch um Wiedererwägung, Ergänzung und Abänderung der Baubewilligung (BSB 448/97)
18.07.2000	SBB: Zustimmung zum Vertrag vom 10.4.2000 mit max. 891 Parkplätzen
26.07.2000	Baubehörde der Stadt Zürich: bereinigt Baubewilligung BSB 448/97. Es werden wiederum 643 Parkplätze gemäss Zürcher Baurecht bewilligt.
11.08.2000	Erneuter Rekurs Eurogate AG beim Regierungsrat gegen bereinigte Baubewilligung.
30.08.2000	Erneuter Rekurs VCS beim Regierungsrat, um nicht vom weiteren Verfahren ausgeschlossen zu werden
05.02.2001	VCS verlangt Fortsetzung des beim Verwaltungsgericht sistierten 1998er Verfahrens
12.02.2001, 02.03.2001, 08.03.2001, 15.03.2001	Verhandlungen zwischen Bauherrschaft, Stadt und VCS
22.03.2001	Eurogate-Rechtsanwalt Wipfli präsentiert neuen Vorschlag
27.03.2001, 04.04.2001	Weitere Verhandlungen zwischen Bauherrschaft, Stadt und VCS
06.04.2001	Verwaltungsgericht: Es gelten die 643 Parkplätze der Bewilligung vom 26.7.2000. VCS erhält volle Parteikostenentschädigung, Eurogate muss Gerichtskosten tragen.
10.04.2001	Detailbereinigungen zwischen Rechtsanwälten Eurogate und VCS
12.04.2001	Eurogate stellt neue Bedingungen
20.04.2001	Eingang des Verwaltungsgerichtsurteils VB.1998.00180 bei den Prozessgegnern. Der VCS, dessen hauptsächliche Bedenken vom Verwaltungsgericht geschützt wurden, hat keinen Grund, dagegen Beschwerde zu führen. Damit verfügt Eurogate AG über eine gültige Baubewilligung und könnte mit dem Bau beginnen.
23.04.2001	Eurogate-Rechtsanwalt Wipfli präsentiert weiteren Vereinbarungsentwurf

26.04.2001	SBB-Verwaltungsrat genehmigt Baurechtsvertrag
27.04.2001	UBS Geschäftsleitung stellt VCS ein Ultimatum und verlangt den Verzicht auf jegliche weiteren Rechtsschritte. Dies ist absurd, weil ja die Rechtslage durch das Verwaltungsgerichtsurteil im Sinne des VCS geklärt wurde. Bauherrschaft und VCS deklarieren bis zum 30.4. schriftlich, dass sie das Urteil akzeptieren.
30.04.2001	SBB-Frist für die Unterzeichnung des Baurechtsvertrags läuft aus, ohne dass UBS unterschreibt. In einem Communiqué gibt die UBS dafür dem VCS die Schuld.
02.05.2001	Tages-Anzeiger: Der UBS war das Eurogate-Risiko zu hoch Handelszeitung: Das Eurogate-Nein erstaunt NZZ: SBB auf Distanz zu Eurogate
05.06.2001	Ständerat / alt Regierungsrat Hofmann reicht dringliche Interpellation ein
15.6.2001	Bundesrat äussert sich zur dringlichen Interpellation Hofmann (Zitat siehe oben)
01.09.2001	Liquidation der Eurogate Zürich AG

Links/Kontaktpersonen

VCS Zürich, Geschäftsleitung: Gabi Petri und Markus Knauss T 044/291 33 00 VCS Schweiz, Martin Bossard, T 058 611 62 41
--